

Darmstädter Sozialmanifest: *Politik gegen Aussonderung*

Für ein friedensfähiges Gemeinwesen

Die Plattform *Politik gegen Aussonderung* versteht sich als ein Bündnis von Institutionen und Personen, die an verschiedenen Stellen in der Gesellschaft an der Gestaltung inklusiver Strukturen arbeiten.

Wir setzen uns für ein vielfältiges, friedensfähiges und nicht aussonderndes Gemeinwesen ein. Viele lokale und überregionale Initiativen und Bewegungen haben in den vergangenen 30 Jahren in ihrem jeweiligen Zusammenhang für eine Verbesserung der Lebensbedingungen gearbeitet. Für eine breite gesellschaftliche Wirkung im Sinne der Intention aller dieser Beispiele ist es jedoch notwendig – über die jeweiligen konkreten institutionellen und fachlichen Fragen hinaus - die behindernden, aussondernden und benachteiligenden Strukturen in unserer Gesellschaft *insgesamt* aufzudecken, sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen und ihre Aufhebung politisch einzufordern. Dies kann nur durch eine Vernetzung aller in diesem Sinne Arbeitenden gelingen, um als gesellschaftliche Kraft im Sinne einer *gemeinsamen* Bewegung in Erscheinung zu treten und so politisch wirksam zu werden.

Die Plattform *Politik gegen Aussonderung* gründet sich deshalb als ein Verbund von Institutionen, Personen und Sozialen Bewegungen um gemeinsam Strategien gegen aussondernde Prozesse zu entwickeln und sich bei der Offenlegung und dem Arbeiten gegen aussondernde Prozesse gegenseitig zu unterstützen. Es geht darum, innerhalb der Gesellschaft insgesamt auf die Entwicklung von GemeinSinn hin zu arbeiten – als einer zwar fragilen aber überlebensnotwendigen sozio-moralischen Ressource.

Unser gemeinsames Anliegen ist:

- Nachhaltige Dialoge zur Überwindung des ökonomisch bestimmten Leistungsdenkens anzuregen zugunsten der Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen in ihrer Vielfalt über die gesamte Lebensspanne hinweg.
- Die neoliberale Verwertungslogik zu entlarven, die den Menschen letztlich alleine an seiner biologischen Ausstattung misst, und in ihre antihumanen, allein ökonomischen Pragmatismus fördernde und damit zwangsläufig aussondernden Wirkung aufzudecken.

Deshalb fordern wir die sofortige Umsetzung der UN –Menschenrechtskonventionen, insbesondere der Allgemeinen Menschenrechtskonvention, der Kinderrechtskonvention und der Behindertenrechtskonvention auf allen Ebenen der Gesellschaft durch:

- Anpassung der Gesetze und Ausführungsbestimmungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Etablierung einer *allgemeinen* Pädagogik, die sich für ausnahmslos alle Menschen, selbstverständlich auch für die Unterstützung von Entwicklung unter erschwerten Bedingungen, verantwortlich erklärt. Eine Pädagogik, die damit normative Maßstäbe und Kategorien zur Beurteilung inklusiver Verhältnisse bereitstellt. Diese muss zur Grundlage der Aus- und Weiterbildung aller pädagogischen Professionen werden.
- Ersetzen von Sondereinrichtungen durch finanziell angemessen ausgestattete inklusive Angebote in allen Lebensbereichen insbesondere auch der Schule.
- Berücksichtigung und Förderung von Projekten solidarischer Gemeinwesenentwicklung innerhalb kommunaler und regionaler Planungen d.h. allen Menschen prinzipiell Teilhabe und Zugang zu allen Lebensbereichen zu gewährleisten.

Frankfurt, den 24.10.2009